

Von Heidrun Helwig

GIESSEN. Über das kleine Land ist im Westen wenig bekannt. Eingezwängt zwischen Polen und Russland, dem Baltikum und der Ukraine gilt die junge Republik jedoch als wichtiger Verbündeter Moskaus. Und ihr Staatspräsident wird wenig schmeichelhaft als „letzter Diktator Europas“ bezeichnet. Zumal er noch immer am Vollzug der Todesstrafe festhält. Zuletzt machte Weißrussland indes vor allem auf sich aufmerksam, weil selbst die Tagesschau diesen Namen durch Belarus ersetzt hat. Dadurch soll „eine Differenz zu Russland hergestellt und ein Staat auch sprachlich anerkannt werden, der erst seit 1991 existiert“, sagt Prof. Thomas Bohn von der Osteuropahistorik (JLU). Der Osteuropahistoriker beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der einstigen sozialistischen Sowjetrepublik. Deshalb wurde der 56-Jährige nun auch Sprecher der neugegründeten Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission berufen. Eine durchaus heikle Aufgabe, denn die Freiheit von Lehre und Forschung ist für die belarussische Seite noch immer „ein Reizwort“.

Was hat den Anstoß dazu gegeben, eine Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission einzuberufen?

Da es bereits eine Deutsch-Russische und eine Deutsch-Ukrainische Kommission gibt, lag der Gedanke nahe, auch ein solches deutsch-belarussisches Gremium zu begründen. Mit dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund – kurz IBB – besteht bereits seit Anfang der 1990er Jahre eine kulturpolitisch wichtige Institution, die mit ihrer Minsker Dependence das Belarus-Förderprogramm der Bundesregierung mitverantwortet. Im Zusammenhang mit dem Besuch von Frank-Walter Steinmeier zur Einweihung des zweiten Abschnittes der Gedenkstätte Malyj Trostenez, starteten entsprechende Initiativen aus dem Bundespräsidialamt und dem Außenministerium heraus.

Welche konkreten Ziele werden mit dieser Kommission angestrebt?

Der Bundespräsident hatte im Vorfeld der Reise angedeutet, dass er in dem gemeinsamen Holocaustgedenken die Chance sieht, die Republik Belarus aus dem Schatten der Sowjetunion zu befreien. Das Land ist politisch zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion hin- und hergerissen. So gehört Belarus etwa nicht dem Europarat an, da dort die Todesstrafe noch praktiziert wird. Zudem wurden insbesondere bei Wahlen regelmäßig Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Inzwischen sendet die EU allerdings Signale, die darauf hinauslaufen, nicht nur auf der Ebene der informellen Bürgerkontakte zivilgesellschaftliche Impulse zu setzen. Und in diese Entwicklung passt die Kommission ganz gut hinein.

Wie haben sich die 16 Mitglieder des Gremiums zusammengefunden?

Nach ersten Signalen der politischen Ebene hat die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) Kontakt mit mir aufgenommen. Gemeinsam haben wir nach Interessenten gesucht und dabei auch die Akademie der Wissenschaften in Belarus eingebunden. Im Dezember 2018 wurde ein erstes Historikertreffen in Gießen anberaumt, im März 2019 folgte eine Zusammenkunft in Minsk. Dabei haben wir uns über die Grundlagen verständigt. Anfang Februar wurde die Geschichtskommission nun mit einer offiziellen Veranstaltung in Berlin gegründet. Grundsätzlich wollen wir uns aber nicht nur in den Hauptstädten, sondern an verschiedenen Orten zeigen und möglichst viele Gesprächspartner heranziehen.

Staatspräsident Alexander Lukaschenka wird häufig als „letzter Diktator Europas“ bezeichnet. Wie unabhängig wird die Kommission überhaupt arbeiten können?

Die deutsche Seite legt Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre, auf

„Einfach an ‚Belarus‘ gewöhnen“

JLU-Osteuropahistoriker Prof. Thomas Bohn zum Sprecher einer neuen binationalen Geschichtskommission ernannt

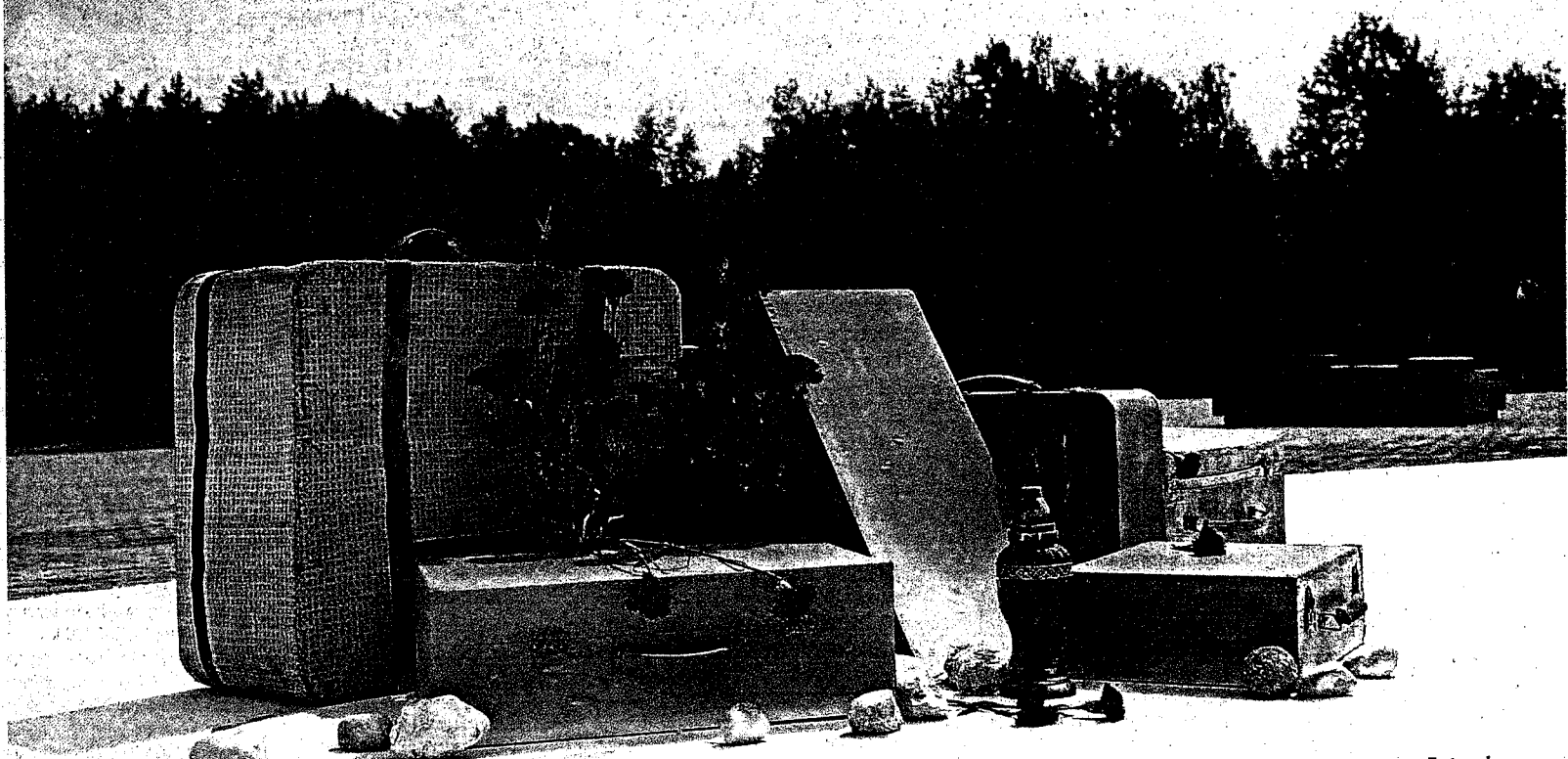


Foto: dpa

die Unabhängigkeit von politischen Trägern. Das wird vom Auswärtigen Amt durchaus gutgeheißen. Die belarussische Seite ist da etwas skeptischer, für sie ist Freiheit von Forschung und Lehre ein Reizwort. Sie befürchtet eine unprofessionelle Ausformulierung von Geschichtsbildern. Hintergrund ist eine im vergangenen Sommer verabschiedete Resolution der EU zum Hitler-Stalin-Pakt. Darin wird der Sowjetunion eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Europas zuerkannt. Zudem werden Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen zu totalitären Ideologien erklärt.

Und welche Konsequenzen könnte das konkret haben?

Es stellt sich in Belarus zum Beispiel die Frage, was Freiheit der Lehre bedeutet. Sollen Prüfungsthemen vorordnet werden oder können sie von Studierenden auch dann frei gewählt werden, wenn es um brisante Inhalte geht, bei denen nicht nur eine kritische Auseinandersetzung zu erwarten ist, sondern womöglich eine Verherrlichung des Nationalsozialismus zu befürchten sei? Deshalb ist dort eine gewisse Reglementierung vorhanden.

Wie wird das offiziell begründet?

Der Freiheit der Lehre und der Forschung werden die Prinzipien der historischen Wissenschaft entgegen gesetzt, auch „Prinzip des Historismus“ genannt. Und dieses Wort führt automatisch zu Missverständnissen. In deutscher Tradition ist Historismus die maßgebliche Geschichtsauffassung des 19. Jahrhunderts, der wir die Grundlagen der historischen Methode verdanken. In der Praxis aber wird dieser Historikergeneration vorgeworfen, eine einseitige Nationalgeschichtsschreibung auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Die moderne deutsche Geschichtswissenschaft steht deshalb im Zeichen der Überwindung des Historismus.

Und wie verstehen Ihre Kollegen in Belarus dieses Prinzip?

HINTERGRUND

- Die Belarusisch-Deutsche Kommission setzt sich für die gemeinsame Erforschung der Geschichten beider Wändelseitigen ihrer transnationalen und wechselseitigen Bezüge ein. Finanziert wird das Gremium aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.
- Die Kommission ist mit 16 Historikerinnen und Historikern aus beiden Ländern besetzt. Neben Prof. Thomas Bohn von der JLU wurde Prof. Aljaksandr Kavalenja von

Historismus in sowjetischer Tradition basiert auf einem eher ergebnisorientierten Geschichtsbild, dem durchaus auch eine gewisse Parteilichkeit innewohnt und die früher im Gewande des Marxismus-Leninismus daher kam. Dieser historische Materialismus ist inzwischen über Bord geworfen worden. Dennoch wird noch immer ein anderer Begriff von Objektivität als im Westen zugrunde gelegt. Das sind grundsätzliche Missverständnisse, die gleichzeitig aber Gelegenheiten bieten, über Grundfragen des Faches zu diskutieren. Deswegen



„Die deutsche Seite legt Wert auf Freiheit von Forschung und Lehre.“

Prof. Thomas Bohn, Osteuropahistoriker der JLU

wird sich die erste Tagung im September in Minsk zum Thema „Historismus und Staatlichkeit“ widmen.

Sind die acht Mitglieder der belarussischen Seite vorsichtshalber von ganz oben bestimmt worden?

Es war uns schon sehr wichtig, dass Universitäten aus allen Regionen des Landes einbezogen werden. Den Schwerpunkt aber bilden drei Mitglieder der Akademie der Wissenschaften sowie zwei Vertreter der Staatsuniversität in Minsk. Darüber hinaus sind die Universitäten Vi-

tebsk, Polotsk und Brest involviert. Ungeachtet dessen beabsichtigt die Kommission, unabhängige Historiker in die Debatten miteinzubeziehen.

Befürchten Sie dabei keine Vorgehen?

Mit scheint die Atmosphäre bislang relativ unverkrampt. Es gibt in Minsk durchaus eine freie Kulturszene, die verschiedene Internet-Zeitschriften herausgibt, sowie einen unabhängigen Buchladen. Zudem hat sich ein ehemaliges Fabrikviertel, das urban hergerichtet wurde, zu einem intellektuellen Treffpunkt jenseits der staatlichen Räume entwickelt. Wir haben obendrein mit der Geschichtswerkstatt des IBB eine Relaisstation, an die wir anknüpfen und individuelle Kontakte nutzen wollen.

Der Bundespräsident wird sich da sicherlich wenig einmischen. Wie wollen Sie einer Einflussnahme von Lukaschenka entgegen gehen?

Direkt wird er sich sicher nicht einmischen. Die Frage ist allerdings, inwieweit die Auflagen des Kulturministeriums zu Fixpunkten der belarussischen Historiographie werden. Momentan steht nicht nur das Fach Staatsideologie, sondern auch das Forschungsparadigma der Staatlichkeit sehr hoch im Kurs. Um Vorläufer für die junge Republik zu finden, bemüht man interessanterweise wieder einmal die Archäologie.

Was erhoffen sich die Verantwortlichen davon?

Als Sension wurden unlängst Funde aus dem 6. Jahrhundert gehandelt. Wenn Menschen vor so langer Zeit dort gelebt haben, muss auch eine herrschaftliche Ordnung existiert haben. Das könnte ein Grund sein, von einer wie auch immer gearteten 1500-jährigen Tradition belarussischer Staatlichkeit zu sprechen. Beim gemeinsamen Besuch im Deutschen Historischen Museum in Berlin hat die Kommission jedoch gesehen, dass ein kontinuierlicher Staat in Deutschland erst seit 1870/71 ausgeht. Das sind unterschiedliche Geschichtsbilder, über die durch kritisches Hinterfragen neue Zugänge und Perspektiven erarbeitet werden können.

Von der belarussischen Kulturszene wird in Deutschland wenig Notiz genommen. Im Unterschied zur Ukraine sind Autoren oder Musiker aus der einstigen Sowjetrepublik hier kaum bekannt. Könnte sich das durch die gemeinsame Geschichtskommission ändern?

Mit „Minsk. Sonnenstadt der Träume“ von Artur Klinau oder „Paranoia“ von Viktor Martinowitsch sind zwei bemerkenswerte Biographien oder Romane ins Deutsche übersetzt worden. Im Mittelpunkt von „Paranoia“ steht eine moderne Diktatur, die natürlich eine Metapher für die Republik Belarus darstellt und folglich auch nicht ohne Weiteres veröffentlicht werden konnte. Martinowitschs jüngstes Werk „Mova“, das auch in Deutsch vorliegt, befasst sich mit einer Droge, nämlich der einfachen Sprache des Volkes, dem Belarussischen. Ich möchte tatsächlich anregen, dass wir auch Schriftsteller zu Treffen einladen – gern auch nach Deutschland, um eine größere Öffentlichkeit herzustellen.

Bezieht sich der Name Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission auf die Sprache des einfachen Volkes?

Seit dem Besuch von Steinmeier in Minsk hört man in der Tagesschau mitunter den Ausdruck Belarus, der bekannt als Weißrussland. Unter Experten hat sich hingegen längst eingebürgert, von Belarus zu sprechen, um eine Differenz zu Russland herzustellen und einen Staat aus sprachlich anzuerkennen, der – abgesehen von einer kurzen Episode im Jahr 1918 – erst seit 1991 existiert. Die Kommission geht terminologisch noch einen Schritt weiter, indem sie in ihrem Namen Belarussisch-Deutsche Geschichtskommission eine exakte Transliteration vornimmt und das Adjektiv „belarussisch“ nach angloamerikanischer Konvention in „s“ schreibt. Ansonsten gibt es in der Republik Belarus durchaus zwei Amtssprachen: Belarussisch und Russisch.

Ist es also falsch, Weißrussland zu sagen?

Das Adjektiv „weiß“ stimmt schon. Der angemessenere Begriff „Weißruthenien“ ist durch den nationalsozialistischen Gebrauch verbräutet. Ruthenien bezieht sich frühneuzeitlich auf die Siedlungsgebiete der Ostslawen, die unter den Einfluss des Großfürstentums Litauen und der Vereinigten Kirchen gerieten. Eine verbindliche Erklärung für die Bezeichnung „weiß“ gibt es nicht. Überzeugend scheinen mir zwei Deutungen: Einerseits kann das Adjektiv „weiß“ etymologisch auf die westlichen Peripherien des Moskauer Reiches bezogen werden. Andererseits könnte damit eine Region umrissen sein, die von der mittelalterlichen Mongolenherrschaft nicht betroffen war, und daher Grund hat, sich kulturell und politisch mit dem Westen verbunden zu fühlen. Gewöhnen wir uns doch einfach an „Belarus“.